

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreis** mit der wöchl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Frauenwelt und Jugend einschließlich Briefporto monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—, einschließlich wöchl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** - Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
**Sprechstunde** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 6spaltige Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 259.

Dresden, Freitag den 7. November 1913.

24. Jahrg.

Im Krupp-Prozess beantragt der Oberstaatsanwalt gegen Schmidt und Direktor Secius je 5 Monate Gefängnis.

Das Reichsamt des Innern soll um eine Vermittlung im Kampf zwischen Kersten und Rassenverbänden angegangen werden.

Die französischen Eisenbahnbeamten erheben gegen die Eisenbahndirektoren schwere Anklagen wegen des Unglücks von Melan.

Der Staatsstreik Jansschis wird von den Europäern in Bezug als Anfang einer Diktatur in China betrachtet.

Die Stimmung im amerikanischen Kongress ist für ein gutes Gelingen der Union gegen Mexiko.

Ozean — Japan — in Mexiko Fuß zu fassen. Deshalb steht die amerikanische öffentliche Meinung noch mehr als in Europa gänzlich unter dem Einfluß des Kapitals und geschlossenen gegen Guerta. Es war also ein leichtes, den Präsidenten Wilson, der sich entschiedener Gegner der Truists nennt, auf denselben Weg zu drängen: er macht den Kampf gegen Guerta zum Kampf gegen die Gewalttätigkeit, gegen Leute, die auf den Präsidentenstuhl durch Verbrechen gelangten. Er schlägt auf diese Weise zwei Fliegen mit einer Klappe, dient den Imperialisten und macht sich mit dem „Kampfe für die Gerechtigkeit“ populär.

Wie sich die Mächte zu dem Vorgehen Amerikas gegen Mexiko stellen, ist noch nicht klar zu sehen. Bestimmt ist nur die Haltung Englands. Es nimmt eine scharfe Stellung gegen Amerika ein, denn bedeutende Interessen der ganzen kapitalistischen Entwicklung Englands stehen auf dem Spiele. Vor allem hat die englische Regierung ihre speziellen Interessen: es handelt sich um die Versorgung der englischen Flotte mit Öl für Delfeuerung. Zu diesem Zweck hat unlängst ein Leitgeber der englischen Delfirma eine Reihe von Verträgen mit dem mittelamerikanischen Republikan abgeschlossen, und England muß großes Gewicht darauf legen, von Rockefeller unabhängig zu sein. Außerdem stehen in diesem manne nicht nur die Delfirmen gegeneinander, sondern das englische und amerikanische Kapital überhaupt. Englisches Kapital ist in großem Umfange in Mexiko investiert in Eisenbahnen, Häfen, Bergwerken. Darum schreien dieselben englischen Imperialisten, die andere Ecken der Erde so rücksichtslos für ihr Vorrecht monopolisiert haben, nach der offenen Tür in Mittel- und Südamerika.

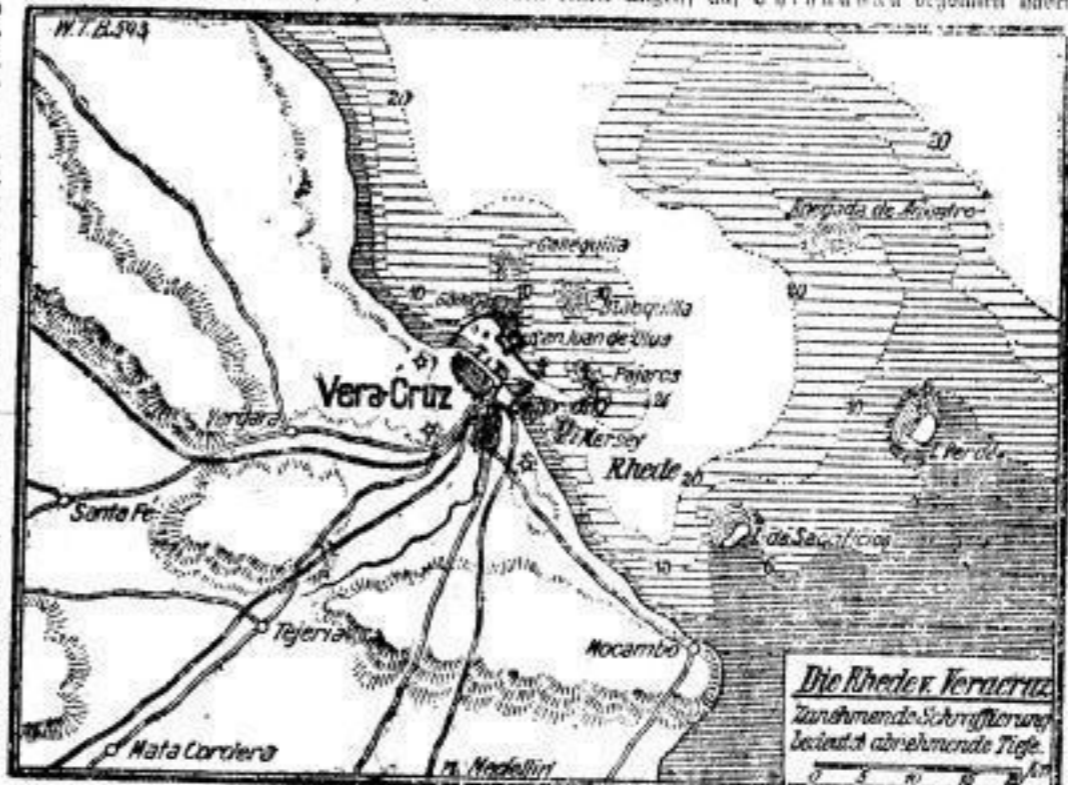
Ob und wie die Vereinigten Staaten, den mexikanischen Präsidenten zur Abdankung zwingen werden, bleibt abzuwarten. An eine Annexion Mexikos kann die große Republik kaum denken, denn sie würde sich damit eine Bevölkerung von HalbIndianern einverleiben, die sie nie gesund verdauen könnte und mit der sie zur Fragefrage eine mexikanische Klassenfrage zu lösen bekäme. Eine Annexion ist also gänzlich unwahrscheinlich. Dagegen könnte es zum Bombardement oder zur Blockade wichtiger mexikanischer Häfen, wie Veracruz, kommen. Bereits liegt ein sieben Schilffreuger zählendes amerikanisches Geschwader angriffsbereit auf der Reede von Veracruz, dem Haupthafen Mexikos. (Siehe beiliegende Karte) Ver-

teidigt wird der Hafen durch fünf alte Forts, dessen stärkstes das Fort San Juan auf der gleichnamigen Insel ist, während vier Forts noch auf den Dünenketten längs der Küste vorhanden sind, Forts, die nur problematischen Wert haben. Möglich wäre auch, daß die bereitstehenden Unions-Truppen über die mexikanische Grenze marschieren, um einen Freund des Rockefeller-Kapitals auf den Präsidentensessel zu bringen. Das ist bereits wieder in Amerika gelandet und lauert auf den rechten Moment, um die alte Diktatur wieder aufzurichten.

Mexikos Zukunft liegt also im Dunkel wie bisher, sicher ist nur, daß das amerikanische Truistkapital solange für fortgesetzte Revolutionen sorgen wird, bis wieder eine Kreatur der Rockefeller und Konsorten die Zügel Mexikos in den Händen hat. Denn letzten Endes ist der Kapitalismus für jede Revolution, die Profit verspricht.

New York, 6. November. Journal of Commerce meldet, daß die Abfertigung nach Mexiko bestimmt waren gestern eine Verlegung erfahren habe, weil die Prämie für Versicherung gegen Kriegsschiffe auf 2 1/2 Prozent erhöht worden sei. Die Stimmung im Kongress ist für ein altes Eingreifen der Vereinigten Staaten in Mexiko.

Nach einer Meldung aus El Paso soll General Villa mit 6000 Konstitutionellen einen Angriff auf Chihuahua begonnen haben.



## Der mexikanische Wirrwarr.

Amerika bombardiert die sogenannte Regierung von Mexiko mit Worten und Drohungen. Seit einigen Tagen freuzen amerikanische Kriegsschiffe vor der mexikanischen Küste und Präsident Wilson sucht die Zustimmung der Mächte am bewaffneten Einschreiten der Unionsgruppen in Mexiko zu erhalten.

Das amerikanische Geschick gilt dem momentanen mexikanischen Präsidenten Guerta, dessen Abdankung die Panzerregierung erzwingen will, und was sich in den Drohungen der Vereinigten Staaten ausdrückt, ist nicht mehr und nicht weniger als der imperialistische Terror der Truists, die ihre Fänge in Mexiko bedroht fühlen.

Mexiko hatte das Unglück, die Aufmerksamkeit der Rockefeller auf sich zu ziehen, denn Mexiko ist das reichste Petroleumland. In den letzten Jahren beginnt sein Petroleummarkt noch eine größere Rolle zu spielen als sein altes Metallereichtum. Schon im Jahre 1900 erhielten die Standard Petroleumgesellschaften in Mexiko. Die Firma Standard Petroleum wurde später von der Standard Oil Co. ausgegliedert und der allgewaltige Rockefeller sucht das ganze Petroleumgebiet in Mexiko an sich zu reißen, um sich die Herrschaft an dem Land zu sichern. Zu jener Zeit lag die Staatsgewalt in den Händen des Diktators Porfirio Diaz, der im Innern die Gewalttätigkeit errichtete, der aber zugleich verstand, ausländisches Kapital heranzuziehen, weshalb er keine Meinungsverschiedenheiten zwischen Amerikanern und Europäern machte. Rockefeller nahm den Kampf um die Alleinbesitzung auf. In den heißblütigen Widersprüchen der mittel- und südamerikanischen Hauptstaaten gibt es immer Leute genug, die für Geld und mit der Aussicht auf Beute vor Augen für Schieberereien in großen Maßstäben zu haben sind. In den Telegrammen heißt es dann Revolution. Solche Revolutionen wurden mit amerikanischen Kapitalistengeldern gegen die damals ohnehin geübte russische Gewalttätigkeit angezettelt. An die Spitze kam Rodero, von dem das amerikanische Kapital die Alleinbesitzung in dem wackligen Staate erhoffte. Rodero hatte noch kaum den Präsidentensstuhl erstritten, da rebellierten seine Generale gegen ihn; er wurde nach mexikanischen Gewalttätigkeiten um die Erde gebracht, und Guerta gelangte an das unzuverlässige Staatsruder. Ruhe ist auch unter Guerta nicht geworden. Der Klassenkampf geht weiter. Einige seiner ehemaligen Anhänger, deren Popularität unter den Rebellen sich nicht vom Verbediebstahl und ähnlichen landesüblichen Taten herleitet, läßt, haben sich zu „Generalen“ befördert und suchen mit ihren Banden das unglückliche Land unsicher, in dessen Wirren der gewalttätige Guerta seine Wahl soeben erst nach Landesbrauch — das heißt mit Gewalt, Standrecht und Terror — hat durchzuführen lassen.

Wie früher gegen den Diktator Diaz, so werden jetzt auch die Ansprüche der Rebellenführer gegen Guertas Bundesregierung mit amerikanischem Kapital finanziert, denn nach allem, was man bisher gehört hat, scheint Guerta sich mit der Scheinregierung der Truists nicht einlassen zu wollen. Zur Überwindung der Kampfmethoden der Truistgewaltigen kann die folgende Erzählung eines mexikanischen Blattes El Pais dienen (nach einem Bericht in der Bostonischen Zeitung): Im Namen der amerikanischen Standard Oil Company bot ein Agent Guerta den doppelten Nachtpreis als die englische Firma an, eine Anleihe in Höhe von 200 Millionen Pesos, und erbot sich, daß eine Revolution nie wieder ausbrechen werde. Im Falle der Ablehnung drohte er, die Revolutionen werden nie aufhören.

Sind die amerikanischen Ölproduzenten gegen Guerta, so ist England für ihn — hier die Grundlage des Konflikts, der zwischen England und den Vereinigten Staaten entstand und in den letzten Tagen sich zuspitzte. Daß der amerikanische Staat hinter Rockefeller steht, während das Land von ihm gegen die Truistmagnaten erhält ist, findet seine Erklärung nicht nur darin, daß die Staatsgewalt sich in Amerika faktisch in den Händen der Truists befindet, sondern auch darin, daß Rockefeller Interessen sich mit den imperialistischen decken. Die Imperialisten haben das größte Interesse, gerade Mexiko zu unterwerfen. Mexiko kann durch die Bahn, die quer das Land durchschneidet, dem Panamanakan Konkurrenz machen. Die mexikanischen Häfen am Stillen Ozean sind gute Flottenstützpunkte, und schließlich sucht der Rivale der Union im Stillen

## Kampf um das Gemeindevahlrecht.

In diesem Zeichen tagte die gestrige Sitzung der Stadtverordneten. Die sozialdemokratische Fraktion forderte von den konservativ-liberalen Wählerkreisen für die Bürger- und Einwohnereigentümer gleiches Recht im kommunalen Leben. Nicht nur die Arbeiterklasse, auch die Gewerbetreibenden, die kleinen Beamten werden durch das in Dresden bestehende Verursachungsklassenwahlrecht ungleichmäßig betrogen. Eine geringe Anzahl wohlhabender erwerbsfähiger Bürger hat die übergroße Mehrzahl der Stadtverordneten an sich gerissen, während man die Tausende und Abertausende der erwerbsfähigen Volksschichten mit einigen Mandaten zur Einflusslosigkeit verurteilt.

5800 erstklassigen Beamtenwählern standen nach den Wahlen von 1911 sechs Stadtverordnetenmandate zu, während die 13382 kleinen und Unterbeamten zu Gemeindevürgern zweiter Klasse degradiert waren und nur zwei Stadtverordnete wählen konnten.

In dem gleichen Maße hat man die Rechte der Gewerbetreibenden gemindert. Bei den ersten Wahlen, zum großen Teil besserstellten Geschäftsleuten kamen bei den letzten Wahlen 1911 617 eingeschriebene Bürger auf einen zu wählenden Stadtverordneten, bei den in die zweite Klasse des Bürgerstandes versetzten kleinen Geschäftsleuten und Gewerbetreibenden hingegen waren 2445 Bürger zur Wahl eines Stadtverordneten nötig.

Und trotz all dieser erdemütigenden Haltung nahmer in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung die bürgerlichen Vertreter, die den kleinen Mann bei jeder Gelegenheit zu schlagen vorzuziehen, ein, als von den Sozialdemokraten für diese Schichten der Bevölkerung Gleichberechtigung im kommunalen Leben gefordert wurde! Das erwidende Material, das von dem sozialdemokratischen Redner vorgebracht wurde, entziffern die Vertreter der Beamten und Gewerbetreibenden, soweit sie sich überhaupt im Saale aufhielten, durch demagogisches Schwatzen, während der übrige Teil seine Aufgabe

im höchsten Ehrenamt der Stadtverwaltung hinterm Bergsteck löst. Und als unser Redner die Herren daran erinnerte, daß er ja die Rechte ihrer Wähler, die Rechte derjenigen Beamten und Gewerbetreibenden, die man zu Bürgern zweiter Klasse gestempelt habe, hier mit Hilfe und Beistand, wurde er vom Vorsitzenden, der sonst für jeden Jurist, wenn er von sozialdemokratischer Seite kommt, eine Zurechtweisung hat, in die Schranken gezwungen. Welche für den kleinen Mann kommt man an dieser Stelle nicht! Das haben die bürgerlichen Vertreter in ihrer Mehrzahl gefreut.

Welche für die Arbeiter zu fordern ist diesen Herren noch viel weniger im Sinne. Man findet es in diesen Kreisen als selbstverständlich, daß den 1850 Bürgern der Industriellen allein vier Stadtverordnete zustehen. Ebenso notwendig ist es nach Meinung dieser Herren, daß 3750 als Bürger eingeschriebene Beamten und Pensionäre bei den letzten Wahlen vier Stadtverordnetenmandate erhielten. Die 16450 Arbeiterbürger erhielten gleichfalls nur vier Stadtverordnete! Diese schreiende Ungerechtigkeit wird noch verschärft durch das besondere Privileg, das man dem Grundbesitzerelement zugesetzt.

Die 5917 ansehnlichen Bürger, die nach der Bürgerliste von 1911 vorhanden waren, erhalten die Hälfte der Stadtverordnetenmandate, während auf die 45243 unansehnlichen Bürger die andere Hälfte der Sitze entfällt!

Diese eckige Wahlrechtskarikatur zu beseitigen, war der Zweck des Vorstoßes, den die sozialdemokratische Fraktion gestern im Stadtverordnetenrat unternahm. Man war auf bürgerlicher Seite wohl angelehnt der bevorstehenden Wahlen darüber klar, daß eine sofortige Abänderung des Antrags den Wahlrechtsmagnaten die Waage vom Gesetz gerissen hätte. Man glaubte, die brutale Rechtsmacht, die man an eigenen Wählern und an den Wählern verbrochen, nicht offen verteideln zu können. Deshalb ließ man den sozialdemokratischen Antrag in den Rechtsausschuß verschwinden. Man rechnete auf „Unbefangenheit“ der Kleinbürger, der Beamten und Gewerbetreibenden, um die Arbeiter aber schert man sich den Teufel. Nach den Wahlen wird die endgültige Abwägung der sozialdemo-